

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbahrung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 313 A

BERLIN • Freitag, den 3. Februar 1933

2. JAHRGANG

Her mit der Roten Eisernen Front!

Rote Front und Eiserner Front verboten!



F. G. „Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökelt auf einige Jahre“. Das gilt auch für die Fackelzug-Begeisterung der Hitler-Anhänger. Also schnell noch einmal zum kürzesten Termin gewählt!

Aus mancherlei Umständen kann geschlossen werden, daß die Auflösung des Reichstages ein Verlegenheitsprodukt der Regierung Hitler ist. Auf die sehr konkreten Fragen des Zentrums wird Hitler keine konkreten Antworten geben. Denn es wird gemeldet, daß der Reichskanzler in seinem Antwortschreiben an Kaas den Standpunkt vertritt, „daß die Stel-

Mehrheit ohne das Zentrum in diesem Wahlkampf gewinnt, ist mindestens sehr zweifelhaft. Aber vielleicht will Hitler während des Wahlkampfes die KP verbieten, um auf dem Wege vielleicht der völligen Ausschaltung der KP aus dem Wahlkampf sich eine Mehrheit zu verschaffen.

Schon bei dieser Erwägung zeigt sich,

wie nötig es ist, daß die KPD mit der SPD von vornherein ein festes Wahlbündnis schließt, um auch gegen solche heimtückischen Eventualitäten gerüstet zu sein, durch einfache, vernünftige Maßnahmen.

Die Notwendigkeit einer Einheitsfront zeigt sich um so gebieterischer, als auch der Unterdrückungsfeldzug des Polizeipräsidenten sowohl gegen KP als auch gegen SP gerichtet ist.

Mit „traumwandlerischer Sicherheit“ . . .

Rpt. Eine ökonomische Kritik an Hitlers Regierungskundgebung kann nur eine Kritik an Andeutungen sein. Denn mehr als Andeutungen hat der braune Kanzler nicht gemacht, der nach seinen eigenen Angaben ein fertiges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in seinem Schreibtisch liegen hat. Wir vermuten, daß er jenes Programm deshalb noch nicht der Öffentlichkeit preisgeben darf, weil es erst noch von dem Wirtschaftsdiktator Hugenberg durchgesehen und korrigiert werden muß. Der Rotstift des oberkapitalistischen Zensors wird da ein weites Tätigkeitsfeld finden!

In Hitlers Regierungskundgebungen ist von vier Jahren die Rede; innerhalb deren die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Not der Bauern überwunden werden soll. Gut und schön! Doch was soll innerhalb dieser Frist geschehen? Wir hören vorläufig nichts als zwei Schlagworte: Arbeitsdienst und Siedlung.

Arbeitsdienst.

Unterrichten wir uns über den Arbeitsdienst, wie Hitler ihn aufbaut, an erster Quelle. Lesen wir nach in der Programmschrift: „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ von Gottfried Feder (7. Auflage, 88. bis 89. Tausend, 1932). Vom Inhalt dieser Schrift kann Hitler sich nicht so leicht losmachen; denn in einem „Begleitwort“ hat er über die Schrift Feders ausdrücklich geschrieben: „Das Schrifttum unserer Bewegung hat damit seinen Katechismus bekommen.“

In diesem Katechismus heißt es auf Seite 68: „Wir erblicken in dem Gedanken der Arbeitsdienstplicht einen vollwertigen Ergänzungsgedanken zum Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht.“ — Der als Reichskommissar für Arbeitsdienst laut „Völkischem Beobachter“ in Aussicht genommene nationalsozialistische Oberst Hierl wird für eine entsprechende Durchführung des Arbeitsdienstes sicher Sorge tragen!

Was bedeutet aber der Arbeitsdienst ökonomisch? Auch darüber gibt der Katechismus genaue — eine für den Reichskanzler Hitler peinlich genaue — Auskunft: „Gerade das Unternehmertum im guten Sinne wird eine solche Einrichtung begrüßen und keineswegs als Konkurrenz auffassen. Eine Konkurrenz kann ein solches Heer der Arbeit schon um deswillen nicht sein, weil erfahrungsgemäß jede produktive wirtschaftliche Betätigung des Staates zu stark mit dessen Beamtenapparat belastet sein muß, weil das Einstellen und Einlernen der jungen ungeübten Kräfte zu viel Nutzeffekt aufweist.“ (Seite 68.)

Kurz: Laut Katechismus handelt es sich nicht um eine wirtschaftspolitische, sondern um eine wehrpolitische Maßnahme.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt der Arbeitsdienst nur insofern in Frage, als er freie Arbeiter vom Arbeitsmarkt dadurch wegnimmt, daß er sie in Arbeitsklaven des Staates verwandelt. Bleibt die peinliche Frage: Wer bezahlt das Ganze? Auf solche Fragen gibt der Katechismus in Felddruck auf Seite 113 die Auskunft: „Alle großen staatlichen Neuschöpfungen finanziert der Staat kraft seiner Finanzhoheit und nach Genehmigung durch die Volksvertretung unter strengster Vermeidung des Anleiheweges durch direkte Bereitstellung der Mittel im Wege des bargeldlosen Ueberweisungsverkehrs oder durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine.“

Kurz: Der Staat zahlt das Ganze mit Hilfe von Notendruck.

Auf die Einzelheiten des Feder-Planes gehen wir hier deshalb nicht ein, weil wir vermuten, daß der Wirtschaftsdiktator den Katechismus des „Führers“ in diesem Punkt sofort außer Kraft gesetzt hat. Hugenberg wird es klüger anfangen!

Und Siedlung?

Daß Hitler Siedlung als Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage nennt, nimmt nicht Wunder. Denn wer fordert heute in Deutschland nicht Siedlung? Keine Forderung ist seit Jahren in Deutschland in so vielen Parteiprogrammen von links bis rechts verankert worden wie gerade die Siedlung. All diese schönen Programme blieben bloße Makulatur; denn gegen sie richtete sich die noch immer stärkste politische Macht in Deutschland: die ostelbischen Junker.

Zur Siedlung braucht man Land. Dieses Land kann in Deutschland außer von Staatsdomänen nur vom Großgrundbesitzern genommen werden. Beim Konkurs großer Güter fällt Siedlungsland an. Solche Konkurse und solches Frei-

Mordsturmführer wird im Dom aufgebahrt.

Der in der Nacht zum Dienstag in Charlottenburg erschossene Polizeioberwachmeister und der SA-Mann Makowski werden, wie die Beamten-Korrespondenz mitteilt, am 4. Februar, von 9.30 bis 18.00 Uhr, im Berliner Dom aufgebahrt. Beide erhalten ein Staatsbegräbnis, und beide erhalten eine Ehrenwache der Berliner Schutzpolizei. Am Sonntag, dem 5. Februar, findet im Berliner Dom für beide eine Trauerfeier unter Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und kommissarischen Staatsregierung statt. Anschließend daran werden beide nach dem Luisenstädtischen Friedhof in der Bergmannstraße überführt, von wo der Polizeibeamte nach seiner schlesischen Heimat im Auto weiter überführt

wird. Für die gesamte Berliner Polizei wird, soweit möglich, Dienstbefreiung gewährt.

Diese Provokation der gesamten ordentlichen Bevölkerung, den berüchtigten Mordsturmführer durch ein Staatsbegräbnis zu ehren, kann man nicht anders deuten, als daß hier die Arbeiterschaft so auf die Probe gestellt werden soll, daß ihr beim besten Willen kaum noch der Geduldsfaden halten kann. Daß die Kirche ihr wichtigstes Gebäude zur Aufbahrung dieses Mordführers hergibt, ist ihre Sache und nötigt hoffentlich den letzten Arbeiter, diesen Verein zur Begünstigung nationalistischer Interessen zu verlassen.

lung der 15 Fragen durch die Zentrumsfraktion von vornherein eine Ablehnung der vom Kanzler an die Zentrumsvertreter gerichteten Frage bedeute,

„ob sie eine Vertagung des Reichstages von einem Jahr hinnehmen würden“.

Auch aus dem Aufruf der Reichsregierung (den wir an anderer Stelle bringen) ist bei aller Länge als Antwort auf diese Fragen nichts zu entnehmen. Dieser Aufruf ist ein echter Hitlerscher Erguß von Ehre, Treue, deutschem Gott und Vaterland mit Fackelschein.

Neben der bei Hitler selbstverständlichen „Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands“, will „die nationale Regierung“ nach undeutschem Vorbild „mit zwei großen Vierjahresplänen“ die „Rettung des deutschen Bauern“ und die „Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“ durchführen. Es wird weniger versprochen als vielmehr befohlen: „Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“

Das, was vernünftige Menschen einen Plan nennen, nach dem man also kontrollieren könnte, ob eine Aussicht besteht, daß das gewiß erstrebenswerte Ziel der Regierungserklärung — die Rettung des deutschen Arbeiters und Bauern aus der Krise — erreicht werden kann — ein solcher Plan wird in der ganz ausführlichen Predigt des Chefs der deutschen Reichsregierung nicht vorgelegt. Wir vermuten deshalb, daß diese Regierung einen solchen Plan gar nicht hat, sondern daß sie die willkürlich herausgegriffenen vier Jahre nur benutzen möchte, um unausbleiblichen Enttäuschungen ihrer Anhänger durch den Hinweis zu entgehen, daß ja die vier Jahre, die sie sich zur Rettung ausbedungen habe, noch längst nicht vorüber seien. Mag sein, daß dabei auch der Gedanke mitspricht, daß, da ja alle Wirtschaftskrisen schließlich, wie alles andere, einmal ein Ende gefunden haben, auch diese schließlich auf die eine oder andere Weise zu Ende gehen würde und dann Herr Hitler und seine Freunde mit wohlgefälligem Schmunzeln sagen könnten: Das ist unser Werk!

Zunächst wird jedenfalls erst mal gewählt am 5. März, bis dahin wird die Begeisterung wohl reichen — meint Hitler offenbar. Diese Spekulation kann richtig sein. Aber damit ist nur ein vorläufiges Ausweichen vor der Verantwortung der Fragen gewonnen. Daß die Regierung Hitler, Papen-Hugenberg eine parlamentarische

Daß Hitler seine Wahlstimmen und seine Mandate im Reichstag vermehrt, ist möglich, aber nur auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien, vor allem vielleicht der Deutschnationalen. Damit würden sich die Gegensätze im Regierungslager sicher verschärfen.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Zeit der Wahlen benutzt wird, um durch Terrormaßnahmen die Wahl zu beeinflussen, oder gar die Aussetzung der Wahlen auf diese Weise herbeizuführen.

Mögen es nun Schwierigkeiten innerhalb der Harzburger Front sein, die dazu geführt haben, daß der Reichstag aufgelöst wurde, weil in der überstürzt zustande gekommenen Regierung bis zur Stunde keine Einigung über die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms erreicht wurde, oder mag Hitler in der Hand Hugenburgs zu viel Macht vereinigt sehen und eine Revision dieser Machtverteilung herbeiführen wollen —

Hitler unmittelbar am Staatsapparat zu wissen, ist Gefahr genug für die Arbeiterschaft, die Kraft der Arbeiterklasse in einer geschlossenen Front zu konzentrieren, um allen Situationen gewachsen zu sein.

Konkret gesprochen, heißt das für den bevorstehenden Wahlkampf:

SPD und KPD müssen einen Nichtangriffspakt schließen.

Das ist das Mindeste, was jetzt zu geschehen hat. Darüber hinaus müssen für den Wahlkampf Vereinbarungen getroffen werden über den rationellsten Einsatz finanzieller und physischer Kraft. Dem geschlossenen Wahlkampf der Reaktion muß die Geschlossenheit der Arbeiterfront mindestens entsprechen und die intensivste persönliche Werbe- und Aufklärungsarbeit muß die Illusionen über die Hitlererei aus den Köpfen wenigstens der Arbeiter beseitigen.

Die Führung eines solchen Wahlkampfes ist auch die beste Vorbereitung einer unüberwindlichen „Roten Eisernen Front“ in den kommenden außerparlamentarischen Kämpfen.

Dies betonen wir besonders denen gegenüber, die vielleicht mit Geringschätzung auf den bevorstehenden Wahlkampf sehen, weil sie meinen, Hitler werde sich nicht um die parlamentarischen Entscheidungen kümmern, und die deshalb unsere Vorschläge für einen Ausfluß von parlamentarischem Kretinismus halten.

werden von Siedlungsland wurden bisher durch ein kompliziertes System von Maßnahmen so gut wie völlig verhindert. Schleicher hat trotz des Protestes der Junker eine Lücke in diesem System gelassen. Er gab den von der Osthilfe als sanierungsunfähig bezeichneten Gütern keinen Vollstreckungsschutz (keinen Schutz gegen den Besuch des Gerichtsvollziehers und gegen Zwangsversteigerungen). Ueber diese Weigerung und über seinen verschiedenen Siedlungsplänen ist er, ähnlich wie Brüning, gestürzt. Es war also nicht zu erwarten, daß Hugenberg nun den Konkurs von großen Gütern und damit das Freiwerden von Siedlungsland beschleunigt!

Und richtig! Hugenberg erklärte bereits nach kaum zweitägiger Regierungszeit bei einem Empfang von Graf Kalkreuth, dem Präsidenten des Reichslandbundes, und Dr. Brandes, dem Vorsitzenden des Reichslandwirtschaftsrates, laut Meldung von Hugenberg's Telegraphen-Union, daß er den schon im Dezember 1930 für die östlichen Provinzen von ihm im Reichstag eingebrachten Entschuldungsplan, nachdem nunmehr die landwirtschaftliche Not das ganze Land ergriffen hätte, als Gesetzentwurf für die gesamte Landwirtschaft im Reichskabinett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur Beschlußfassung bringen werde. Die leider (!) zum Teil auf anderen Grundlagen ein-

geleiteten Entschuldungsmaßnahmen im Osten sollten dem generellen Plan angepaßt werden. Für die Zeit, bis zu der das neue Gesetzgebungswerk wirksam werden könne, solle ein Vollstreckungsschutz Platz greifen, über den inzwischen in seiner Unterhaltung mit ostpreussischen Landwirten auch der Reichskanzler Hitler Andeutungen gemacht habe.

Kurz: Die Bereitstellung von Siedlungsland in Deutschland soll weiterhin verhindert werden.

Wo also will Hitler siedeln? Welche Gegend bleibt dafür übrig? Es bleibt statt des Landes in Ostdeutschland das Land östlich von Deutschland! „Zur Erringung seines Zieles darf er auch vor Blut und Krieg nicht zurückschrecken“, also steht geschrieben über „die Eigenschaften des Führers“ im Katechismus. (Seite 31.)

Unter diesen Eigenschaften steht ferner eben dort verzeichnet: „Eine geradezu traumwandlerische Sicherheit bei allen seinen Entschlüssen müssen ihn auszeichnen.“ (Seite 30.)

Der Diktator Hugenberg wird also gut tun, seinen vielfältigen Einrichtungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eine besondere Abteilung zur Beeinflussung des traumwandlerisch sicheren Führers anzugliedern. Auf ein Zeitungsincert hin melden sich gewiß genügend ausgebildete Hypnotiseure!

Gefährlicher Beginn des neuen Jahres.

Bérenger, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, und Messimy, der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses, haben am Mittwoch in ihren Ausschüssen Erklärungen über die augenblickliche Lage abgegeben.

Bérenger sagte, daß sich das Jahr 1933 für die französische Außenpolitik sehr gefährlich ankündige. In Europa beunruhige der aggressive Revisionsgeist gewisser Mächte, in Amerika hätte die Kriegsschuldenfrage ernste Meinungsverschiedenheiten heraufbeschworen, und im Fernen Osten gefährde der japanisch-chinesische Konflikt die Entwicklung des französischen Werkes.

Der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses betonte, daß die Rüstungsausgaben nicht herabgesetzt werden dürften, solange Frankreich keine ernsten Sicherheitsbürgschaften erhalten habe. Frankreich müsse sich jeder Schwächung seiner Heeresstärke widersetzen, die nicht mit der augenblicklichen Lage in Einklang gebracht werden könne.

Der Vorsitzende des Marine-Ausschusses bestand darauf, daß die Entwicklung der Kriegsmarine nicht gehindert werden dürfe, da sie einen der Hauptpfeiler der französischen Verteidigung darstelle.

Gleichsam zur Unterstreichung der Feststellung Bérengers, daß das neue Jahr sich gefährlich ankündige, hat der neue Reichswehrminister, von Blomberg, einen

Aufruf an die Reichswehr

erlassen, in dem es heißt:

„Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Wehrmacht nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches Machtmittel des Staates zu erhalten, sie durch Förderung aller auf die

Wehrertüchtigung des Volkes

hinzielenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum

vollwertigen Bürgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes

zu machen.“

Der Platz an der Sonne.

Der „Intrigant“ veröffentlicht ein Interview mit Dr. Funk, dem neuen Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, der in seinen Ausführungen über die deutsche Außenpolitik sagte:

„Die Erfüllungspolitik, die wir stets bekämpft haben und die Deutschland immer mehr in das nationale und wirtschaftliche Chaos hineingeführt hat, muß aufgegeben werden. ... Von zuständiger Stelle ist bereits bekräftigt worden, daß die neue Regierung den Wunsch hat, in Frieden und Freundschaft mit der ganzen Welt zu leben und ihre friedlichen Ziele auf friedlicher Grundlage zu verfolgen. Unsere Politik wird nur gegen diejenigen Staaten gerichtet sein, die sich der Verwirklichung der gerechten Forderungen des deutschen Volkes widersetzen. ... Wir eröffnen einen Prozeß gegen Unbekannt und haben als Gegner nur diejenigen, die uns verbieten, daß wir den Platz an der Sonne einnehmen wollen.“

Der Kommissar für Luft-Aufrüstung.

Im „Aeroklub von Deutschland“ hielt Göring, der neue „Reichskommissar für Luftfahrt“, eine Rede, in der er über den Zweck des neuen Amtes u. a. folgendes sagte:

Das neue Kabinett habe bei seiner ersten Sitzung einmütig und eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht, der

Nanking drängt auf Entscheidung.

Die chinesische Regierung hat an den Präsidenten des 19er-Ausschusses des Völkerbundes ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem der Antrag gestellt wird, unverzüglich einen endgültigen Zeitpunkt für den Abschluß des Verfahrens und der endgültigen Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Konflikt festzusetzen. Die chinesische Regierung betont in dem Schreiben, daß sie eine weitere Hinauszögerung der endgültigen Entscheidung angesichts der fortgesetzten japanischen Angriffe als untragbar ansehe. Gegenwärtig seien drei japanische Divisionen mit insgesamt 80 000 Mann zu dem bevorstehenden Angriff und der Besetzung der Provinz Jehol herangebracht worden. Neue blutige Zusammenstöße zwischen den japanischen und chinesischen Truppen ständen bevor. Eine sofortige Entscheidung des Völkerbundes sei unerlässlich.

Politischer Mord in Nanking. Am Mittwoch wurde der Nanking Vertreter der in Schanghai erscheinenden „China Times“, Wang Wei-San, in einem Auto entführt und vor der Stadt erschossen. Die Täter legten neben der Leiche einen Zettel nieder, in dem sie erklärten, daß Wang Wei-San trotz wiederholter Warnungen der Geheimorganisation „Blutbrüder“ weiter mit den Japanern geheime Verbindungen unterhalten haben.

Verschiedene Attentate auf Eisenbahnen sind in der Nähe von Cordoba in Spanien wieder verübt worden. Einige Male wurden Züge zum Stehen gebracht und beschossen. Erneute Zwischenfälle haben sich jedoch nicht ereignet.

deutschen Luftfahrt den erweiterten finanziellen Rahmen zu geben, der

ihre Bedeutung für die Sicherheit des Volkes

zukomme, und habe sich ausdrücklich bereit erklärt, ein eigenes Hoheitsgebiet für die Luftfahrt zu schaffen. Es gelte im Innern des Landes das Bestehende auszubauen, die zerrissene Kraft des Volkes in der Luftfahrt zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuschweißen und

im Auslande die Fesseln

abzustreifen, die der deutschen Fliegerei noch anhafteten.

Die vornehmste Aufgabe des neuen Amtes sei es, im Gedanken an die zahlreichen toten Kameraden auch in der Fliegerei ein Deutschland der Ehre, Würde und Freiheit zu schaffen,

das wiederaufstehen möge, wie es einst gewesen sei.

... es geht nicht um die Frage Auf- oder Abrüstung, sondern es geht um die Sicherheit des deutschen Volkes, die über allem stehen muß.

Vertrauen im Parlament, Mißtrauen im Land.

Die außerordentlichen Vollmachten der belgischen Regierung.

In der belgischen Kammer fand am Mittwoch eine Aussprache über die Steuer- und Zollerhöhungen statt, die die Regierung auf Grund der ihr durch ein Ermächtigungsgesetz ausgestellten außerordentlichen Vollmachten erlassen hat. Die Sozialisten brachten einen Mißtrauensantrag ein, der mit 95 gegen 75 Stimmen abgelehnt wurde. Mit der gleichen Stimmenzahl sprach die Kammer der Regierung ihr Vertrauen aus und ermächtigte sie dadurch zur weiteren Anwendung der außerordentlichen Vollmachten.

Die Sozialisten brachten ferner eine Interpellation ein gegen die Verordnung des „liberalen“ Kriegsministers, Devèze, durch die den Soldaten der Postbezug des sozialistischen Parteiorgans „Le Peuple“ verboten wird. Der Kriegsminister erklärte daraufhin,

die Armee sei nicht so ruhig, wie sie sein sollte, und daran seien die Sozialisten schuld. Durch die sozialistische „Junge Garde“ entfachte die SP aufrührerische Bewegungen im Heer. Zum Beweis verlas der Minister ein Manifest der „Jungen Garde“.

Ein sozialdemokratischer Redner antwortete mit der, für Sozialisten, überflüssig viel entgegenkommenden Erklärung: „Wir sagen den Soldaten: Wenn Ihr das Land gegen einen einbrechenden Feind zu verteidigen habt, so verteidigt es. Aber wenn Euch bei Wirtschaftskonflikten befohlen wird, auf Eure Brüder zu schießen, so habt Ihr den Gehorsam zu verweigern.“

Gefahren beim Streikbruch.

Entgleisung eines Hilfszuges in Irland.

Der Personenzug Dublin-Belfast, der einzige, den die Eisenbahngesellschaft mit Hilfe von Streikbrechern fahren lassen konnte, wurde durch einen Anschlag der streikenden Eisenbahner zum Entgleisen gebracht. Die Lokomotive und zwei Personenwagen stürzten die drei Meter hohe Böschung herab. Der Schaffner und ein Zugwächter wurden getötet, drei Eisenbahnbeamte schwer verwundet. Nur zehn Personen hatten es gewagt, den Zug zu benutzen. Drei von ihnen wurden verletzt.

Infolge dieser Katastrophe wird der Zugverkehr auf der Strecke Dublin-Belfast während der nächsten Tage zwangsweise eingestellt werden müssen. Außerdem wird die Zahl derer, die noch den Mut zu Streikbrecherdiensten haben, wahrscheinlich erheblich sinken. Die Arbeiter gehen sehr energisch gegen jeden vor, der den Streik sabotiert. In Dundalk trafen sie auf einen eben ankommenden Zug, warfen den Führer von der Lokomotive und löschten sofort die Feuer.

Es wird damit gerechnet, daß der Streik auch auf die Gebiete übergreifen wird, in denen er bisher nicht ausgerufen worden ist.

Der Kampf der irischen Eisenbahner hat nicht nur für diese selber eine große Bedeutung. Er zeigt auch den englischen Unternehmern und der Regierung, was ihnen blüht, wenn sie die Lohnsenkungsforderungen gegen die englischen Eisenbahner nicht fallen lassen. Und er zeigt den englischen Arbeitern, wie gut ihre Aussichten in einem offenen Kampf sind, wenn sie ihn so führen wie die irischen Genossen.

Klassenjustiz.

Schwere Strafen für streikende Straßenbahner in Polen

Im Juni 1931 haben die Straßenbahner in Warschau gestreikt zum Protest gegen übermäßige Rationalisierungsmaßnahmen in den Werkstätten. Der Streik ist unterdrückt

Zum ersten Jahrestag der Abrüstungskonferenz wurde dem britischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister und den britischen Vertretern in Genf ein Aufruf überreicht, der von 33 Vertretern der Gewerkschaften, Kirchen und verschiedenen religiösen Verbänden unterzeichnet ist und in dem es u. a. heißt:

„Wir sind aufs tiefste enttäuscht durch den unverhältnismäßig geringen Fortschritt, den die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 gemacht hat. Wir erachten die Abrüstungsvorschläge gewisser Mächte, besonders diejenigen Frankreichs, Englands und Japans, als weit unter den Hoffnungen und Wünschen der Welt und den wirklichen Notwendigkeiten der Lage stehend.“ Weiter wird ausgeführt, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, die die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz sichergestellt habe, schärfer als je die Wahl zwischen Aufrüstung und Abrüstung unterstreiche. Die unterzeichneten Organisationen und ein großer Teil des englischen Volkes würden die englische Regierung in einer Politik der dringenden internationalen Abrüstung unterstützen, die die Gleichbehandlung nicht durch die Wiederbewaffnung der jetzt den Friedensverträgen unterworfenen Staaten, sondern durch die Abrüstung der schwer bewaffneten Mächte, herbeiführt.

Das Mandat des vorläufigen Völkerbunds-Kommissars in Danzig, Rosting, wurde vom Völkerbundsrat bis zum 15. Oktober 1933 verlängert. Von den Vertretern Englands, Frankreichs und Deutschlands wurde die baldige Einsetzung eines dauernden Kommissars gefordert, die bekanntlich darum auf Schwierigkeiten stößt, weil die polnische Regierung sich weigert, einen Vertreter einer Großmacht auf diesem Posten anzuerkennen.

Inflation in Dänemark.

Wie alle bürgerlichen Zeitungen übereinstimmend mitteilen, muß sich die Bevölkerung jetzt auf eine empfindliche Preissteigerung auf der ganzen Linie vorbereiten. Wie der Vorsitzende des Grossistenverbandes erklärte, werden die Großhandelspreise für Kolonialwaren, Textilien sowie auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch im Laufe dieser Woche ansteigen. Der Brotpreis soll im Februar noch nicht erhöht werden. Wie die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens ankündigt, werden wahrscheinlich auch die Auslands-Telegramm- und Telefongebühren und möglicherweise auch das Briefporto erhöht werden.

Gerüchte, wonach der Innenminister, der der demokratischen Partei angehört, und bisher ein Gegner der Inflationspolitik der Regierung Stauning war, zurücktreten werde, bewahrheiten sich nicht.

Sehr genaue Nachrichten darüber, daß „es im Heer nicht so ruhig ist, wie es sein sollte“, liegen nicht vor. Angeblich sind jedoch in den Kasernen in Gent und Antwerpen Meutereien vorgekommen. Die Unruhe im Heer ist wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die „Truppen“ beim Bergwerkstreik im Sommer und auch bei den Demonstrationen gegen die Regierung, die zum Protest gegen die Friedensmaßnahmen im ganzen Land durchgeführt wurden, gegen die Arbeiter eingesetzt worden sind. In Belgien besteht Militärpflicht, das Heer setzt sich also zum großen Teil aus jungen Arbeitern zusammen, die sich nicht als Bürgerkriegsgarde gebrauchen lassen wollen. Außerdem stehen viele dieser Arbeiter in enger Verbindung zu den Gewerkschaften und sympathisieren mindestens mit der Protestbewegung gegen die reaktionäre Regierungspolitik.

Um die „Disziplin in der Armee aufrechtzuerhalten“ wird der Kriegsminister demnächst mehrere Gesetzesvorlagen einbringen, durch die verschärfte Strafen für Propaganda für Militärdienstverweigerung, Beschimpfung von aktiven Offizieren, Beschimpfung der Nationalflagge u. s. w. eingeführt werden.

Die Regierung fühlt sich offensichtlich, trotz des Vertrauensvotums der Kammer, nicht sehr sicher, da der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterorganisationen überall im Lande auf rege Sympathie stößt.

worden, und eine Anzahl von Straßenbahner wurde verhaftet.

Erst am 3. Januar 1933 hat man gegen die „Schuldigen“ eine Gerichtsverhandlung eröffnet.

Auf der Anklagebank saßen 11 Straßenbahner und Werkstättenarbeiter, einige von ihnen bereits arbeitslos. Grund der Anklage war auf

Mitgliedschaft der kommunistischen Partei, die in Polen bekanntlich illegal ist, Propaganda für diese Partei unter den Straßenbahner und Schürung des Klassenhassees gegen die Direktion der Straßenbahnen. Trotz der Beteuerungen der Angeklagten, daß sie mit der kommunistischen Partei nichts zu tun hätten, sondern einzig und allein ihre Arbeitsbedingungen verteidigten, wurden sie zu sehr schweren Strafen verurteilt:

einer zu 5 Jahren, einer zu 4 Jahren, drei zu 3 Jahren und drei zu 2 Jahren Kerker, insgesamt zu 24 Jahren. Die Verteidiger haben Berufung eingelegt.

Der italienische Rüstungshaushalt für das Finanzjahr 1933/34 wurde um ungefähr 15 Prozent auf 2,6 Milliarden Lire (rund 500 Millionen Mark) herabgesetzt.

Die rumänischen Brüder der NS.

Auf dem Hauptboulevard von Bukarest wurde am Mittwoch ein Passant von Faschisten überfallen und so zugerichtet, daß er in sehr ernstem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Grund für den Überfall: Der Betroffene weigerte sich, Blätter der „Eisernen Garde“, der Kampforganisation der Faschisten, zu kaufen.

Explosion auf der Straße.

Die englische Stadt Reading wurde in der Nacht zum Dienstag durch mehrere gewaltige Straßenexplosionen erschüttert, deren Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Große Teile des Pflasters und ein Kabeldeckel wurden meterhoch in die Luft geschleudert. Mehrere 100 Fenster in der Umgebung gingen durch die Explosion in Trümmer.

Bürgerkriegsvorbereitungen der Reichsbahn.

F. G. Daß sich die vorbereitenden Maßnahmen der Großagrarien und Schwerindustriellen bezüglich der gewaltpolitischen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse immer mehr steigern, hat die jüngste Vergangenheit oft gezeigt. Wie folgerichtig und bis ins Einzelne gehend diese Vorbereitungen sind, zeigt folgende Schilderung der freigewerkschaftlichen Zeitung „Der Deutsche Eisenbahner“, Nr. 2, vom 15. Januar:

Geheime Telefone und Feldbetten.

„Im Direktionsgebäude der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main geht seit einiger Zeit etwas vor. Mehrere Zimmer wurden geräumt, in denen Feldbetten aufgestellt fanden. Man hat geheime Telefone eingerichtet, die bestimmt für den gewöhnlichen Telefonverkehr unnötig sind. Warum und wofür? Wer es wissen will, muß sich ein wenig mit den Gepflogenheiten bei der Reichsbahndirektion vertraut machen. Es sind jene

Vorgänge rund um den Bahnschutz

die bisher allzuwenig in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Der Laie pflegt, wenn das Wort Bahnschutz fällt, jene uniformierten Beamten zu sehen, die mit Revolver und handbewaffnet an den Schienensträngen entlang wandern, um die Eisenbahnlinien zu sichern.

Die Eisenbahner aber fragen mit Recht, was haben geheime Telefone und Feldbetten in der Reichsbahndirektion mit der Streckenüberwachung zu tun?

1. Richtige Mobilisierung.

Vielleicht geben die Vorgänge, die sich am 18. November 1932 um den Bahnhof Wahn bei Köln abspielten, einen Fingerzeig. Am 17. November 1932 abends fuhren die Bahnschutzleute vom Betriebsamt 2 Neuwied bis Altenkirchen im Westerwald. In Altenkirchen war die erste Verpflegungstation für die „Kriegsmobilisierung“. Jeder Mann bekam ½ Pfund Wurst und vier trockene Brötchen dazu. Zwei Brötchen sollten als eiserner Bestand für morgens zum Kaffee aufgehoben werden. Die Nacht über mußten die Bahnschutzleute im Wartesaal verbringen. Morgens um 5 Uhr hieß es „Auf“ und jeder einzelne wurde

mit Karabiner Modell 98 ausgerüstet.

Daneben erhielt jeder Platzpatronen, einen Gutmiknuppel, Koppel und Patronentasche. Zwei Sonderwagen wurden dem Personenzug angehängt und nach Wahn transportiert, wo sich inzwischen auch die „Streitkräfte“ des Kölner Direktionsbezirks versammelt hatten.

Der Generalstab bestand aus dem Vizepräsidenten der Reichsbahndirektion Köln, aus dem Reichsbahnoberrat Neuser von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. und dem Oberinspektor Tanneberg aus Frankfurt a. M. Als sachverständige Berater waren ferner vertreten zwei Hauptmänner der Schutzpolizei (einer aus Friedberg und einer aus Köln). Die Gesamtzahl der Streitkräfte betrug 250 Mann. Da die Bewaffnung des Bahnschutzes noch zu dürftig erschien, wurden mit Erfindergeist einige Maschinengewehre durch Atrappen markiert. . . .

2. Bürgerkrieg: Bahnschutz gegen Auführer.

Die Kölner „Armee“ hatte den Auftrag, restlos aus Auführern zu bestehen und mit verbissenem Mut um das Bahnhofsgebäude Wahn zu kämpfen. Die Frankfurter Armee sollte ihnen eisernen Widerstand bis zum Verbluten leisten. So geschah es denn. Die Platzpatronen pflüchten, die Maschinengewehrimitationen tackten, Befehle flogen hin und her, die Siegesgöttin trat von einem Fuß auf den andern, ohne sich vorerst entscheiden zu können. Der „Generalstab“ kam sich vor, als müßte sein Name fortan neben denen Hindenburgs und Marechall Fochs genannt werden, und die braven Bahnschutzleute taten ihr Mögliches ohne dabei zu lachen.“

Daß angesichts der Entlassungen von zehntausenden von Arbeitern bei der Reichsbahn für diese Bürgerkriegs-Rüstungen Geld hinausgeworfen wird, ist ein Skandal. Daß dieses Geld nutzlos hinausgeworfen wird von den Ausbeutern.

dafür zu sorgen, ist Sache der Arbeiterschaft.

Für die Einheitsfront!

Beschluß der Angestellten-Funktionäre der Bewag.

M. H. Am Dienstag tagten sämtliche freigewerkschaftlichen Angestellten-Funktionäre der Bewag, um die Kandidatenliste für die Betriebsratswahlen aufzustellen. Die vorgeschlagene Liste wurde einstimmig angenommen. Die Funktionäre waren sich einig in dem Willen, gerade diesmal, wo auch die Nazis sich in der Bewag regen werden, besonders eifrig für die freigewerkschaftliche Liste zu werben.

Außerdem fand eine ausführliche Diskussion über die politische Lage statt. Der ZdA-Vertreter, Kollege Zeitz, meinte, daß zu Pessimismus keinerlei Anlaß bestehe; die Nazis müßten nun endlich zeigen, was sie leisten könnten, und darüber könnten wir im Grunde nur froh sein! Je mehr sie aber gegen die Rechte der Arbeiterschaft vorstoßen würden, desto mehr werde diese wachgerüttelt werden. Er forderte die Kollegen auf, den Kopf nicht hängen zu lassen. So richtig diese Parole zweifellos ist, so beschämend sind die übrigen Verträge, nachdem so viele Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit bewiesen haben, daß der Vorstoß der Reaktion nicht ohne weiteres die Arbeiter wachrüttelt. Sonst wäre ja heute Hitler nicht Reichskanzler. In der Diskussion wurde denn auch von verschiedenen Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß wir uns so nicht verträsten lassen dürfen, sondern von den Gewerkschaften mehr Initiative zum Kampf fordern müssen.

Vor allem praktische Schritte zur Herstellung einheitlicher Abwehrmaßnahmen aller linken Arbeiter-Organisationen. Es wurde daran erinnert, daß alle Angestellten-Funktionäre der Bewag vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 einstimmig eine Resolution angenommen haben, die von der Leitung der Gewerkschaften solche praktischen Schritte verlangt. Wo diese Resolution bekannt geworden ist, hat sie im ganzen Reich damals begeisterte Zustimmung von Mitgliedern aller Parteien gefunden, und Tausende von Unterschriften sind an den ADGB gelangt. Heute, angesichts des größeren Ernstes der Situation, gilt es, sich von Neuem auf den Boden dieser Resolution zu stellen und von der Gewerkschaftsleitung einen Vorstoß zur Verständigung der Arbeiterparteien zu fordern, möglichst schon für die nächsten Demonstrationen. Es wurde vorgeschlagen, drei Kollegen zu delegieren, um den Bundesvorsitzenden Aufhäuser in persönlicher Aussprache diese Forderung zu übermitteln. Dieser Antrag wurde von mehreren Diskussionsrednern heftig angegriffen, die offenbar zum Teil seinerzeit große Vorwürfe von ihrer Partei, der SP, wegen der Resolution vom Juli bekommen haben! Das ganze abgeleitete Register gegen die Möglichkeit einer Einheitsfront wurde vorgebracht: Die KP will nicht — die KP hat den Generalstreik verlangt, also (!) sieht man die Zwecklosigkeit von Verhandlungen! — wir haben doch immer alles richtig gemacht, also können wir nicht den ersten Schritt tun! — Verhandlungen nützen doch nichts, die Einheitsfront wird schon kommen, wenn „es soweit ist“ (wann endlich ist es eigentlich weit genug?). Ja, ein Kollege wagte es sogar, die damalige,

Die Geschlossenheit der Front der organisierten Arbeiter muß so lähmend auf alle wirken, die zur Ausbeuterklasse gehören, daß alle Karabiner und sonstigen Mordinstrumente nicht zur Entfaltung kommen, sondern einfach versagen wie 1918.

Die Geschlossenheit der Front der Ausbeuteten ist das Gelbkreuz-Gas der Arbeiter, gegen das alle Institutionen der Ausbeuter machtlos sind bei der heutigen Lage in Deutschland.

bestimmt vorbildliche Resolution als bloßes „Theater“ zu bezeichnen. Diese Miesmacher von praktischen Vorschlägen zur Herstellung der Einheitsfront betonten dabei alle, daß sie natürlich „grundsätzlich“ für die Einheitsfront seien.

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Wer heute immer noch nur „grundsätzlich“ für die Einheitsfront ist, die notwendigen praktischen Schritte aber ablehnt oder hindert, der sabotiert in Wahrheit die Einheitsfront.

Die versammelten Bewag-Funktionäre nahmen in ihrer großen Mehrheit trotz alledem den Vorschlag an, drei Kollegen zu Aufhäuser zu delegieren, um die Initiative der Gewerkschaften zur Verständigung der Parteien und Gewerkschaften über gemeinsame Aktionen zu verlangen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Terror — Inflation — Krieg! Was tun? Redner: Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann. Aussprache. Eintritt 20 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, in der „KAMERA“, Unter den Linden 14:

Morgenveranstaltung

des „Funken“, die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des „Funken“, insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANACH, ERICH MÜHSAM, THEODOR PLIVIER, GERT THOMAS (an der Orgel) wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1.50 Mark, für Erwerbslose 0.50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstraße 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funken“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin Anzeilen-P. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2368
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwall
Eisenplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.
Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werkt Abonnamten
Sammelt Anzeigen
Bewirkt bei Einliefer
unsere Interessen

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf Sammelnummer P1 Moritzplatz 5479

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Land-
heime, Ferien-Lager,
Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **MASANZUG**
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt
Johannisbergerstr. 10, III.

Seifen
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkstr. 1

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

HAMBURG
Kollektiv
Hamburger Schauspielerspielt am:
Freitag, 3.; Sonnabend, 4.;
u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr
„Den Nagel auf den Kopf“
Der große Erfolg
im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21.
Preise: 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER
Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
2. Februar: W. Pudewikins unerreichtes Meisterwerk „Sturm über Asien“
„Eine Wildwasserfahrt durch die Schwarzen Berge“
Ab 3. Februar Charlie Chaplin in
Lichter der Großstadt
Außer: die Polizeigroteske: „Schlüssel in der Nacht“
Anfangszeit: 16, 17, 19 und 21 Uhr

Neuerscheinung:
LEO TROTZKI
Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit 8 Bildern. 172 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2.— Mark.
Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.
Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.
Inhaltsverzeichnis:
Vorbemerkung — Vorwort.
LENN und die alte „Iskra“:
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.
Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 818 42.

Notlage oder imperialistische Gier?

Ueber die Ursachen des japanischen Vorstoßes.

Dem neuesten „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ entnehmen wir einige Ziffern über japanische und chinesische Wirtschaftsverhältnisse:

Die **Kohlenvorräte** werden geschätzt für China auf 217 Milliarden Tonnen, für Japan auf 7½ „ „

Die **Kohलगewinnung** aber betrug im Jahre 1929 in China 16 Millionen Tonnen in Japan (nebst Herrschaftsgebieten) 46 „ „

Die **Eisenerzgewinnung** betrug im Jahre 1930 in China 1,7 Millionen Tonnen in Japan 0,7 „ „

Aber die **Einfuhr von Eisenerzen** betrug im Jahre 1931 nach Japan 1,7 Millionen Tonnen die **Ausfuhr aus China** 0,6 „ „

und die **Einfuhr von Roheisen** stellte sich im gleichen Jahre für Japan auf 0,5 Millionen Tonnen für China auf 0,02 „ „

gleichzeitig aber **führte China** 0,3 Millionen Tonnen Roh-eisen aus.

Diese Zahlen zeigen etwas von der Bedeutung des an Bodenschätzen reichen Chinas für Japan.

In diesem Zusammenhang sind die Eisenbergwerke von Taje bei Hankau wichtig, die auf dem Wasserwege vom Yangtse aus zugänglich sind. Die Erze werden in Hanjang bei Hankau verhüttet. Das eisenarme Industrieland Japan hat es verstanden, diese Berg- und Hüttenwerke großenteils von sich abhängig zu machen. Aehnlich eng ist die wirtschaftliche Verknüpfung zwischen koreanischem Eisen und Fuschun-Kohle in der Südmandschuri. Des weiteren hat Japan großen Einfluß auf die Bergrechte in der Mongolei und der Provinz Schantung. Betrachten wir noch einige Ziffern aus dem Gebiet der verarbeitenden Industrie, aus der

Baumwollindustrie:

Die Zahl der **Baumwollspindeln** betrug am 31. Juli 1931 in China 4,1 Millionen, in Japan 7,3 Millionen.

An **Baumwollgarnen** wurden hergestellt 466 Tausend Tonnen in Japan (1931) gegen

468	„	in Großbritannien (1930)
393	„	in Indien (1930)
355	„	in Deutschland (1928).

Aber: an **entkörnter Baumwolle** wurden gewonnen 1930/31 in China 5,3 Millionen Doppelzentner, im eigentlichen Japan so gut wie nichts, in Korea 0,3 Millionen Doppelzentner.

Die Handelsbeziehungen zwischen Japan und China sind trotz der kriegerischen Verwicklungen sehr eng. China bezieht etwa 24 Prozent seiner Einfuhr aus Japan und sendet etwa 21 Prozent seiner Ausfuhr nach Japan. China erhält etwa 32 Prozent der japanischen Ausfuhr an Baumwollwaren. Japan hat in China etwa 435 Millionen Yen, in der Mandschuri etwa 2 Milliarden Yen¹⁾ angelegt.

Diese Zahlen illustrieren die Feststellung des Lyttou-Berichtes:

„Japans (wirtschaftliche) Abhängigkeit von China ist größer als die Chinas von Japan. Japan ist verwundbarer und hat mehr bei gestörten Beziehungen zu verlieren.“

Die chinesische Boykottbewegung hat in den vergangenen Jahren den japanischen Handel vielfach stark beeinträchtigt. Und doch: „Trotz solcher Störungen beweist der Handel zwischen beiden (Ländern), ... daß unter der Schwelle des Bewußtseins ein zwingendes wirtschaftliches Band liegt ...“ (Lyttou-Bericht.)

¹⁾ Der Yen hatte nach der Notierung an der New Yorker Börse einen Wert von 49 Dollarcenten im September 1931 zur Zeit des Einfalls in die Mandschuri. Ein Jahr später hatte er davon über die Hälfte eingebüßt und stellte sich auf 24 Cents. Jetzt ist er etwa 87 Pfennig wert.

Nicht auch von den Chinesen einsehbarer wirtschaftspolitische Notwendigkeiten zwingen Japan zur Eroberung der Mandschuri. Nicht ein unabweisbarer Bevölkerungsdruck zwingt es zur Besiedelung dieses Landes. Militärische und rüstungsindustrielle Gründe haben das mandchurische Abenteuer ins Werk gesetzt und sind im Begriff, es weiter zu treiben nach Nordchina hinein. Darüber hinaus lockt die japanischen Kapitalisten der mandchurische Absatzmarkt, obwohl er nur beschränkt ist. Die Schätze der Mandschuri an Kohle, Soyabohnen, Holz, Kaoliang (einer Getreidesorte) u. s. w. sind ein Anziehungspunkt für die imperialistischen Profitjäger, die sich den Vorrang in diesem aufstrebenden Land sichern wollen, das so groß ist wie Deutschland und Frankreich zusammen.

Also: **imperialistische Gier treibt die japanischen Machthaber!**

... und für China.

Für die Chinesen hingegen ist die Mandschuri die sogenannte „Kornkammer“: ein Land der Saisonarbeit und der Dauersiedlung. Die Geldsendungen der chinesischen Siedler aus der Mandschuri in die Heimat fallen sehr ins Gewicht. Als Siedlungsland aber ist die Mandschuri für die Abermillionen vom Boden gesperrter Chinesen von ungeheurer Bedeutung, da dieses Land mehr als die doppelte Zahl der jetzt dort lebenden Menschen ernähren kann.

In China selber wächst das Großgrundigentum und somit die Bodensperre sogar jetzt in der Weltkrise. Das zeigt eine Meldung aus der Provinz Szechuan, einer verhältnismäßig abgelegenen und wirtschaftlich unabhängigen landwirtschaftlichen Provinz mit 60 Millionen Einwohnern und großen Entwicklungsmöglichkeiten. Hier sind 90 Prozent der Gesamtfläche in der Hand der Großgrundbesitzer. Die Generale, Offiziere und Beamten nutzen die jetzige Notlage der verarmten Bauern aus, um ihren Familienbesitz in den fruchtbaren Gebieten um Chengtu und am Min-Fluß zu vergrößern, indem sie Land hinzukaufen. Der Kaufpreis ist unter diesen Umständen sehr niedrig; wird jedoch vielfach noch weiter herabgesetzt durch Ausübung militärischen und behördlichen Druckes.

Was hier über Szechuan gemeldet wird, gilt wohl auch für andere Provinzen Chinas. Deshalb wird trotz Losreißung der Mandschuri von China der Wanderstrom chinesischer Massen dorthin nicht aufhören.

„Wenn Japan aber nicht in fünf oder zehn Jahren eine Massenkolonisation fertig bringt, wird ihm die Mandschuri schließlich verloren gehen, ob sie jetzt entwehrt wird (von chinesischen Truppen, K. H.) oder nicht.“

Dieses Wort eines klugen Japaners offenbart wiederum die Verlogenheit des japanischen Arguments von dem „Volk ohne Raum“. Es sind andere Gründe, die den japanischen Vorstoß nach der Mandschuri, nach Schanghai und jetzt nach Nordchina veranlaßt haben. Gekränkter Ehrgeiz — gekränkt durch die Einwanderungsbeschränkungen auf dem Pazifischen Ozean —; militaristische Uebermut; rüstungsindustrielle und kapitalistisch-imperialistische Profitsucht!

All dies sind entscheidende Ursachen für das mandchurische Abenteuer der Japaner. Und doch ist die Ursachenreihe damit noch nicht erschöpft. Der imperialistische Vorstoß in den mandchurischen Raum wurde von der japanischen Herrschaft und ihrer faschistischen Regierung nicht ganz freiwillig vorgenommen.

Die japanische Herrenklasse sah ihre Existenz bedroht, politisch und wirtschaftlich. In diesem Sinn ist der mandchurische Vorstoß ein Existenzkampf. Ein Kampf um die Existenz der japanischen Schmarotzerschicht, nicht des japanischen Volkes!

Die Bedrohung liegt einmal in den chinesischen Verhältnissen (über sie haben wir im Leitartikel der Nr. 308 berichtet), zum andern aber in den Verhältnissen in Japan: der furchtbaren Krise, dem Elend der hungernden Bauernschichten. Karl Hinkel.

Einige Folgen des japanischen Vorstoßes — und des chinesischen Boykotts.

Telegramm aus Tokio: Der neue japanische Etat weist bei einer Gesamtsumme von rund 2200 Millionen Yen (1 Yen = 87 Pfennig) einen Fehlbetrag von 900 Millionen Yen auf; das sind mehr als 40 Prozent. — Für Deckung wird gesorgt durch Inflation.

Telegramm aus London: Die englische Kunstseidenindustrie fordert wegen des japanischen Schleuderexports an Kunstseide eine scharfe Erhöhung der Kunstseidenzölle.

Meldung aus dem Ruhrgebiet: Die japanischen Eisen-gießereien in der Südmandschuri haben angefangen, ihre Erzeugnisse in Deutschland anzubieten, und zwar zu einem Preis, der 10 Prozent unter den deutschen Syndikatspreisen liegt.

Meldung aus den USA: Trotz des hohen Zolltarifs wächst die Konkurrenz japanischer Fischkonserven, die so schlecht sind, daß sie in Japan nicht gegessen würden. Aber sie sind unglaublich billig. K. H.

USA

Schrumpfender Außenhandel: Der gesamte Außenhandel beträgt 1932 nur noch ungefähr die Hälfte des Außenhandels im Jahre 1929; seit 1905 war der Außenhandel nie so niedrig.

	1931	1932
(Millionen Dollar)		
Ausfuhr	2424	1618
Einfuhr	2091	1323
Ausfuhrüberschuß	333	295

POLEN

Zahlungseinstellungen bei der Angestelltenversicherung: Die drei polnischen Angestellten-Versicherungs-Institute haben teilweise ihre Zahlungen eingestellt. Da ihre Bargeldmittel nahezu erschöpft sind und ihre in Wertpapieren der Staatsbanken angelegten Reserven nicht flüssig zu machen sind, zahlen sie vorläufig nur noch 40 Prozent der gesetzlichen Unterstützungssätze an die bei ihnen versicherten arbeitslosen Angestellten.

Die Wanderungs- und Siedlungsfrage.

„Auswanderungsschwierigkeiten bereiten den Weg für einen neuen Krieg, einen größeren Krieg als den letzten.“ (Albert Thomas.)

Immer wieder wird von den Japanern behauptet, daß die Uebervölkerung sie zwingt, nach neuem Siedlungsland Ausschau zu halten. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob sich hieraus ein Recht Japans herleiten ließe zu dem Ueberfall auf die Mandschuri und Nordchina. Wir wollen die Tatsachen prüfen, ob tatsächlich ein Wanderdruck der japanischen Bevölkerung nach der Mandschuri hin vorhanden ist. Wenn dies nicht der Fall ist, dann wird die Prüfung jener Rechtsfrage überflüssig.

In Japan leben 135 Menschen auf einem Quadratkilometer, im japanischen Stammland 169. Aber in Belgien kommen auf einen Quadratkilometer sogar 266 Einwohner, in England 265, in Holland 281. China ist in einer ganzen Reihe von Provinzen viel dichter bevölkert als Japan: in der Provinz Honan leben 177 Menschen auf einem Quadratkilometer Land, in Schantung 215, in Tschekiang 294, in Kiangsu 342.

Australien hingegen ist menschenleer, dort kommen 0,8 Personen auf den Quadratkilometer. In Neuseeland leben 5 Personen, in Kanada lebt 1 Person auf dem Quadratkilometer. In Zentral- und Südamerika liegen die Dinge ähnlich. Die Einwanderung nach den USA, Kanada, Australien und Neuseeland ist den Japanern verboten. Diese

Einwanderungssperre, besonders das Einwanderungsgesetz der USA vom Jahre 1924, werden von den Japanern nicht nur als wirtschaftliche Hommung betrachtet, sondern als Beleidigung und Ehrverletzung:

„... die verletzendste Ausschlußgesetzgebung ... ist keine Wanderfrage mehr, sondern eine grundsätzliche: Japan verlangt gleiches Recht!“ Das sagte der Japaner Kawasaki, der als erster Dolmetscher mit der Völkerbundskommission durch die Mandschuri zog. Und der japanische Diplomat Yoshitomi hat einmal gesagt: „Wenn die USA Frieden im Pazifischen Ozean wünschen, müsse die Frage der japanischen Einwanderung revidiert werden.“

So hart diese Einwanderungsgesetzgebung die Japaner trifft, so unberechtigt sie ist, sie trifft die Inder, Malaien und Chinesen ebenso. Nein: sie trifft die Chinesen härter als die Japaner!

Sehen wir zu: Die überseeische Auswanderung der Chinesen nach dem Süden ist seit langem sehr stark, nach dem japanischen Formosa und den südlichen Inselgruppen und Küstenländern hinein in die malaiische Welt. Die Zahl der Chinesen in Uebersee betrug 1927 etwa 10 Millionen. Die Zahl der damals — trotz der amerikanischen Einwanderungsverbote! — auf die Philippinen hineingeschmuggelten Südmenschen aus Kanton wird auf 2000 monatlich geschätzt. 90 Prozent des Zwischenhandels dieser Inselgruppe sind in chinesischer Hand. Zwei Drittel der Einwohnerzahl von Singapur und Penang sind Chinesen. Die Chinesen stellen den Arbeiterersatz für die Zinn- und Gamberie auf der Malaien-Halbinsel. Sie bilden in Siam eine starke Minderheit von 4¼ Millionen unter insgesamt 11 Millionen Einwohnern. Sie dringen ein in Niederländisch-Indien und machen in Französisch-Indochina 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung aus.

Was hat es gegenüber diesen Ziffern zu sagen, wenn 1930 insgesamt 700 000 Japaner im Ausland leben! (140 000 in den USA, 100 000 in Brasilien, nur 230 000 in der Mandschuri, 130 000 in Havai und etwa ebensoviel in Australien und auf den Südeinseln.)

Die Bevölkerungsvermehrung ist in Japan sehr stark. Die Einwohnerzahl des alten Stammlandes betrug:

1920:	55,96 Millionen,
1925:	59,74 Millionen,
1930:	64,45 Millionen.

„Japan ... ermuntert aber seine Bevölkerung, für den nötigen Nachwuchs zu sorgen. ... Die Idee der Geburten-

regelung ist in Japan unbekannt, und sollte sie dort Eingang finden, so wird sie als ‚gefährlicher Gedanke‘ zweifellos sofort unterdrückt werden ...“

Das schrieb vor wenigen Tagen die „Frankfurter Zeitung“. Und sie wies gleichfalls darauf hin, daß in Formosa, in Hokkaido (Insel Yesso) und auf Sachalin noch bedeutende Möglichkeiten zur Ansiedlung japanischer Bevölkerungsteile und zur Fruchtbarmachung des Landes vorhanden sind. Aber auch im japanischen Stammland sind noch Gebiete vorhanden, die bei intensiver und moderner Bewirtschaftung ertragreich gemacht und der Besiedlung erschlossen werden können. Dazu wäre allerdings notwendig, daß der japanische Staat den verelendeten hungernden Bauern hilft, statt alle Mittel für Rüstungen und Krieg zu verschwenden.

Wenn schon von starkem Volks- und Wanderdruck gesprochen wird, um aus ihm wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen, so ergibt sich die Tatsache, daß

der chinesische Wanderdruck bedeutend stärker ist als der japanische.

Das gilt in Richtung nach dem Süden, Südwesten und Osten. Das gilt aber auch ganz besonders in Richtung auf die Mandschuri!

Die Bedeutung der Mandschuri für Japan ...

Die Zahl der Japaner in der Mandschuri stellt sich, wie bereits gesagt, auf 230 000 Personen gegenüber 32 Millionen Chinesen. In dem Vierteljahr Februar-April 1927 sind aus den chinesischen Nordlandschaften etwa 800 000 chinesische Siedler in die Mandschuri eingeströmt. Im Jahre 1931 sind es angeblich etwa 2 Millionen Chinesen gewesen. Der Einwanderungsplan der japanischen Militärbehörden sieht vor, in 10 Jahren 500 000 japanische Siedler in der Mandschuri anzusiedeln. Das ist ein Nichts gegenüber dem chinesischen Wanderstrom! Allerdings wollen die Japaner diesen chinesischen Zuzug zur Mandschuri unterbinden und — nach einer Art nationalsozialistischem Siedlungsprogramm — von Japan aus die gruppenweise Ansiedlung von jeweils 300 bis 500 „wehrhaften“ Siedlern organisieren. Aber das sind bisher nur Pläne. Tatsächlich bearbeiten bis heute von jener Viertel-million japanischer Bewohner der Mandschuri nur 9000 die Bodenschätze und nur 3000 das Land der gelben Erde!

Die Mandschuri ist also nicht das unerlässlich notwendige Siedlungsland für Japan, als das es von dessen Machthabern immer wieder hingestellt wird. Auch die handelspolitische Bedeutung der Mandschuri für Japan wird meist übertrieben. Japan bezieht von dort vor allem Soyabohnen. Aber das Nahrungsproblem ist für Japan seit der Eroberung von Korea und Formosa nicht mehr brennend. Es kann also nicht mehr gut als Vorwand für seinen mandchurischen Vorstoß herhalten. Umso mehr wird die Bedeutung der Mandschuri als Quelle mineralischer Rohstoffe genannt, die für die militärische Unabhängigkeit angeblich unerlässlich sind.

Wenn diese Gründe den mandchurischen Vorstoß rechtfertigen würden, dann rechtfertigten sie auch, daß die Japaner halb China gleich mit in Besitz nehmen. Denn im Verhältnis zu den Bedürfnissen der japanischen Industrie sind Kohle und Eisen in der Mandschuri nicht genügend vorhanden. Eisen wird dort vorerst nur mit Verlusten erzeugt. Allerdings: die Japaner bauen die Werke aus militärischen Gründen mit größter Energie aus. Und die japanische Rüstungsindustrie wird dann bedeutend unabhängiger vom ausländischen Rohstoffbezug sein als bisher.

Wenn jedoch das Ziel der militärischen und rüstungsindustriellen Unabhängigkeit Japans die Ursache des Vorstoßes in die Mandschuri gewesen ist, dann ist es verständlich, daß Japan nicht Halt macht an den Grenzen dieses Landes; daß es vielmehr jetzt vordringt nach Nordchina. Denn was sind da erst für Mineralische vorhanden!